Ausgabe Groß-Berlin

Deutsche Allgemeine Zeitung

Einzelpreis 10 Pfennig

Berlin, 31. Dezember 1930
Mittwoch Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949 Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 10794. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentl. zwölfmal. Bezugspreis monatl. 4.35 RM d. eig. Boten. Durch d. Post 4.35 RM monatl. einschl 0.60 RM Postzeitungsgeb. Hierzu Bestellgeld. Anzeigenpreis 0.40 RM. Fam.-Anz. u. Stellenq 0.25 RM die 27 mm br Millim.-Zeile. Bei unverschuld. Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
31. 12. m Nr. 607
10 Pfennig

Unsere Meinung

Auch der „Baltische Beobachter" hat sich nun in Sachen der politischen Weihnachtsumfrage der „DAZ" zu Worte gemeldet und nimmt in einem Aufsatz seines Chefredakteurs **Alfred Rosenberg über „Regierungsbeteiligung"** zu der aufgeworfenen Frage Stellung. In der Form höflich, in der Sache äußerst selbstbewußt. Die ganze Problemstellung sei heute bereits überholt. Es stehe nicht mehr zur Debatte, ob man sich Hitler an der Reichsregierung beteiligen lassen wolle, sondern umgekehrt nur, mit wem Herr Hitler einst regieren werde. Die Mindestforderungen der Nationalsozialisten seien nach dem 14. September nicht angenommen worden; damit müsse die Koalitionsbildung ein für allemal als erledigt gelten. Eine Koalition auf Grund des **jetzigen** Reichstages könne überhaupt nicht mehr in Frage kommen. Die Hauptforderung der Nationalsozialisten für 1931 sei die Auflösung des Reichstages und des Preußischen Landtages. — Nun soll bekanntlich ein Politiker niemals „Niemals" sagen. Das ist der erste Einwand gegen Herrn Rosenberg. Dann übersieht er, daß angesichts der soziologischen Struktur Deutschlands die Möglichkeit eines nationalsozialistischen **Diktats** bei der Regierungsbildung weder in diesem, noch im kommenden Reichstag, selbst bei vermehrter Anhängerschaft seiner Partei, denkbar sein dürfte. Die Sozialdemokratie im alten Reich stand konsequent auf dem Standpunkt, sich an der Regierung nicht zu beteiligen und nicht „zu Hofe" zu gehen, ehe sie die Macht nicht allein übernehmen könne. Sie konnte diesen Grundsatz nicht bis zu Ende durchhalten. Er ist erklärlich vom Standpunkt der Massenagitation und der rein propagandistischen Bewährung um Erweiterung der Machtbasis im Volke. Vom staatspolitischen Standpunkt aus wird er sich gerade für eine Bewegung, wie die nationalsozialistische, auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lassen. Die Ausführungen des „Baltischen Beobachters" scheinen uns auch die Kraftfaktoren, die sich mit größerer oder geringerer Stärke nicht nur gegen alleinige Machtübernahme der Nationalsozialisten, sondern schon gegen ihre Mitbeteiligung an der Regierung erheben, ganz erheblich zu unterschätzen. Trotz alledem ist das Ergebnis dieser Aussprache wertvoll. Auf alle Fälle hat sie die Klarheit über eine der wichtigsten innerpolitischen Fragen der nächsten Zeit vermehrt, den Verlauf der Frontlinien deutlich aufgezeigt und die Nationalsozialistische Partei veranlaßt, in ihrem offiziellen Organ über ihre Taktik Aufschluß zu geben.

*

Eine Reihe führender Persönlichkeiten der Politik und der Wirtschaft hat bereits den Ablauf des alten Jahres benutzt, um an der Zeitenschwelle zu den Forderungen der nahen Zukunft Stellung zu nehmen. **Wille zum Wiederaufstieg** — das ist der Nenner, auf den man all diese verschiedenartigen Meinungsäußerungen bringen kann. Die ungeheuren Spannungen, die unser Volk bedrücken, haben die Hoffnung nicht abzutöten vermocht. So sagt in der Neujahrsumfrage des WTB.-Handelsdienstes das Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, **Henry Nathan**: „Deutschlands wirtschaftliche Lebenskraft hat sich in den schweren Zeiten, durch die wir gegangen sind und noch gehen, sichtbar bewährt, ebenso wie die Währung trotz aller Fährnisse sich als unerschüttert erwiesen hat. Es wird die Aufgabe der verantwortlichen Stellen sein, im Rahmen eines sich möglicherweise bald anbahnenden Erholungsprozesses die deutsche Kapitalkraft so zu stärken, daß dem Wiederaufstieg der Wirtschaft nunmehr endlich eine gesunde und solide Grundlage gegeben wird." Wie das möglich ist, darüber geben begreiflicherweise die an anderer Stelle zitierten Ansichten der Parteiführer, die das Nachrichtenbüro des Vereins der Zeitungsverleger zusammengestellt hat, genau so weit auseinander, wie die Parolen ihrer Programme. Immerhin ist festzustellen, daß über alle Gegensätze Hinweg die Forderung nach der Revision und nach der inneren Kräftezusammenfassung in einer Weise vorangestellt wird, wie das bisher nicht immer der Fall war. Der Ruf nach Revision wird so laut, daß er selbst das systematische Geschrei der Anhänger des heutigen Zustandes jenseits der Grenzen übertönen wird. Freilich, der Weg zu diesem Ziel, wie überhaupt zur Erkämpfung der wahren Freiheit, hängt von uns selbst ab. Für die innere Konsolidierung haben die Parteiführer keine so sachlichen Rezepte wie beispielsweise die Vertreter der Wirtschaft, die in unserer Beilage „Soll und Haben" das Wort ergreifen. Wichtig ist das Zeugnis eines Mannes wie des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. **Held**, der über die Parteigrenzen hinweg denken gelernt hat. Von den zur inneren Entwicklung aufgestellten Forderungen, die er in seinem Aufruf zum Jahreswechsel veröffentlicht, wird besonders das Verlangen nach Erhebung des Reichsrats zur gleichberechtigten zweiten gesetzgebenden Kammer stärksten Widerhall finden. Wenn das deutsche Volk den Stimmen der mannigfachen Führer, die in dieser bedeutungsvollen Situation zu ihm sprechen, am Jahreswechsel Gehör gibt, so wird es die Bestätigung seines eigenen Strebens finden, daß nichts uns besser voranbringen kann, als ruhige Arbeit und zähes Festhalten an dem Willen zur nationalen Selbstbehauptung.

*

Das ominöse **französisch-belgische Militärabkommen** vom September 1920 steht wieder einmal im Blickfeld belgischer und internationaler Betrachtung. Um was handelt es sich eigentlich bei diesem Abkommen, das 1927 erneuert und seinerzeit Anlaß zu den interessanten Enthüllungen im „Utrechter Tageblatt" wurde? Von belgischer und französischer Seite wurde damals der Wortlaut, der von der holländischen Zeitung mitgeteilt wurde und besagte, daß ein weitgehender, nicht nur defensiv gegen Osten gerichteter Bündnisvertrag vorläge, dementiert; wohlgemerkt: nur der **Wortlaut**. Wenn der Führer der belgischen Sozialdemokratie **Vandervelde**, derselbe, unter dessen außenpolitischer Leitung das Abkommen abgeschlossen wurde, nunmehr aus der Oppositionsstellung seiner Partei heraus die Berechtigung eines derartigen französisch-belgischen Vertrages anzweifelt, so deutet diese sensationelle Stellungnahme nicht nur auf den Wechsel der persönlichen Auffassung des Herrn Vandervelde hin, sondern eben auch auf die weitgehenden Bindungen, die dieser Vertrag dem belgischen Staate auferlegt. Frankreich drängt auf Ausbau des belgischen Festungsgürtels, der das gewaltige Befestigungssystem der französischen Ostgrenze folgerichtig **von Luxemburg bis zum Meere** verlängern soll. Die Verwirklichung dieses Plans, der in den bisher veröffentlichten Anforderungen des belgischen Heeresetats freilich nur in seinen bescheidensten Anfängen sichtbar wird und der ohne französische Unterstützung kaum durchgeführt werden kann, würde Belgien in der Tat auf Gedeih und Verderb an den französischen Militarismus ketten und die Möglichkeiten einer selbständigen, auf den Grundsätzen **aktiver** Neutralität aufgebauten Politik auf absehbare Zeit ausschalten. Aber es scheint fast, als ob die französisch-belgischen Beziehungen von den innerbelgischen Verhältnissen doch nicht ganz so zu trennen sind, wie französische und belgische Generale wünschten. Das Abkommen von 1920 war eine Frucht des Krieges, der Belgien bedingungslos an die Seite Frankreichs gepreßt hatte, und dessen Ausgang die französisch-wallonische Vorherrschaft in Belgien krönte. Doch die vlämisch-wallonische Auseinandersetzung kam trotzdem nicht zur Ruhe, sie erhielt vielmehr erst nach dem Kriege, im Sinne der vlämischen Gleichberechtigungsforderungen das „traditionelle" französisch-wallonische Uebergewicht einengend, die entscheidende politische Färbung. So mußte dieser innerpolitischen Entwicklung gemäß auch der Zeitpunkt kommen, wo sie Belgien die Beziehungen zu Frankreich, wie sie Krieg und „Sieg" geknüpft hatten, zur Debatte und unter Kritik gestellt wurden. Daß sich, im gegenwärtigen katholisch-liberalen Kabinett selbst eine Minderheit gefunden haben soll, die sich für Kündigung des Geheimpakts einsetzte, zeigt, wie sehr die natürlichen Widerstände gegen die bisherige **bedingungslose Abhängigkeit von Frankreich** in den letzten Jahren doch gewachsen sind. Daß die Sozialdemokratie als Oppositionspartei und aus internationalen Prestigegründen den Rufer gegen die Aufrüstung macht, ist dabei vielleicht weniger wichtig, als die Einwirkungen, welche der öffentliche Streit um Militärabkommen und Aufrüstung im Dienste Frankreichs innerhalb der katholisch-vlämischen Kreise auslösen dürfte. Das radikale Vlamentum ist geschlossen für Ablösung von Frankreich. Der vlämische Flügel der großen katholischen Partei aber, die zugleich Regierungspartei ist, muß ebenso auf den Druck der Volksmeinung und der eigenen Wähler Rücksicht nehmen. Ebenso wie bei der Sprachenfrage begann auch hier die Scheidung der Geister durch die „historischen Parteien" hindurch sich zu vollziehen, die Zweckmäßigkeit des Militärpakts mit Frankreich in **innere Krise**, in der sich der kleine belgische Nationalitätenstaat befindet und die zusammengefaßt darauf beruht, daß sich ein solcher Nationalitätenstaat keine einseitige, mehr oder minder nur dem Wunschbild **eines** Bevölkerungsteiles entsprechende Politik auf die Dauer leisten kann. Was das belgische Kabinett tun wird, steht dahin; Frankreich ist mächtig, und der belgische Generalstab als Exponent des französischen Belgizismus nicht minder. Eines aber haben die „Enthüllungen" der vergangenen Tage schon erwiesen: daß auch in Belgien der Ewigkeitswert des status quo **angezweifelt** wird. Und wenn die katholische Zeitung „Libre Belgique" hervorhob, daß das belgisch-französische Abkommen beim Völkerbunde nicht so niedergelegt worden sei, wie es der Artikel 18 der Genfer Satzungen vorschreibe, so ist damit schon gesagt, wie sehr es im allgemeinen internationalen Friedensinteresse läge, **genau festzustellen**, ob und wie dieses Abkommen inhaltlich und formell den Völkerbundssatzungen und dem Locarno-Pakt widerspricht — ganz abgesehen davon, daß, wie Herr Vandervelde im Pariser „Populaire" richtig bemerkte, eine belgische Aufrüstung „die moralischen und rechtlichen Verpflichtungen jenes Vertrages nicht erfülle, der dem besiegten Deutschland die Entwaffnung auferlang zu dem Zweck, die **Abrüstung der anderen vorzubereiten**".

Soll und Haben

Auch in diesem Jahre, wie zur Jahreswende 1929/1930, bringt die „DAZ" in einer Jahresschlußnummer die Meinungen führender Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft über unsere ökonomische Lage, über die Situation einzelner Gewerbezweige wie über das Gesamtbild unseres Wirtschaftens.

Wie schon die vor einem Jahre erschienene Sonderbeilage es war, so soll auch die jetzige weit mehr sein als ein bloßes Panorama von Stimmungen, vielmehr — was 1930 anlangt — ein Dokument der **Erkenntnis** und für 1931 ein Dokument des **Willens** deutscher Wirtschaftsführung. Gerade in dem gegenwärtigen Augenblick kann es am wenigsten mit Rückschauen und Bilanzziehen sein Bewenden haben. Mehr als je muß der Blick vorwärts gerichtet sein. Die kapitalistische Wirtschaft wird auch die gegenwärtige Krise, ebenso wie die vielen vorangegangenen, überwinden, vielleicht nicht ohne Strukturänderungen im Getriebe der Weltwirtschaft. Aber gerade das ist das Wesentliche der Depression gegenüber der Hochkonjunktur, daß sie **neue** Chancen auferstehen läßt. Es gilt für alle Beteiligten, sich für den kommenden Wiederaufstieg zu rüsten: den Zipfel des Mantels zu ergreifen und festzuhalten.

Vor allem für Deutschland liegt hier die Aufgabe einer Wirtschaftsführung, die nicht pessimistisch ist, aber skeptisch, nicht wundergläubig, aber aktiv. Und es ist die Aufgabe der Politik, insbesondere der inneren Politik, der Privatwirtschaft diese Aufgabe zum Wohle des Ganzen möglichst zu erleichtern. Das Primat gebührt der großen Politik. Aber die deutsche Zukunft wird keine große und starke Politik kennen mit einer geschwächten und hoffnungslosen Wirtschaft, vor allem nicht mit einem erschütterten Gebäude der **industriellen Produktion**. Deswegen ist auf das heftigste anzukämpfen gegen einen gewissen wirtschaftlichen Defaitismus, der von manchen Kreisen in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 immer lauter und deutlicher betrieben wurde. Es ist das Wesen einer gesunden Wirtschaft, daß in ihr Fehlinvestitionen möglich sind, daß überhaupt jemand Fehlschläge riskiert. Es gibt keinen Erfolg ohne Risiko. Die wahrhafte Führung der Privatwirtschaft will das Risiko **und** den Erfolg. Das soll auch unsere heutige Sonderbeilage zeigen. Das geht, wie der nebenstehende Aufsatz zeigen wird, aus dem Beispiel der deutschen Schiffahrt und des Ueberseehandels besonders einleuchtend hervor. Es wäre das bewußte Aufgeben großer Zukunftshoffnungen, wollte man, wie es gewisse Leute verlangen, den Rahmen unserer Produktionsfähigkeit auf das Niveau der Depression herabdrücken. Ein Land mit einer solchen wirtschaftlichen Verzichtstimmung würde in der neuen Konjunktur der Willkür des fremden Handels, der ausländischen Kartelle und Trusts preisgegeben sein.

Noch ist die Wirtschaftskrise in dem größten Wirtschaftsstande der Welt, in Amerika, kaum am Tiefpunkt und die Weltwirtschaft ist bis ins Innerste nervös aus politischen Belorganisen. Es herrscht ein allgemeines Mißtrauen vor, aber nur ein Teil der **Deutschen** bildet sich ein, daß der Hauptgegenstand dieses Mißtrauens Deutschland sei. Die neue Konjunktur wird kommen, — Unvorbereiteten zu rasch. **Bereit sein, dabei sein**, ist die Parole. Die heutige Sonderbeilage der „DAZ" soll diesen Willen zeigen, ihn ausbreiten und stärken. **Wir sind optimistisch, weil wir den Erfolg wollen. Wir müssen ihn besahen, um nicht unterzugehen.**

Neujahrserlaß Hindenburgs an die Wehrmacht

Der Reichspräsident und der Reichswehrminister erlassen folgende Kundgebung an die Wehrmacht:

„Am 1. Januar 1931 besteht die Reichswehr ein Jahrzehnt in der Form, die ihr der Vertrag von Versailles bestimmte. In Zeiten tiefster vaterländischer Not wurde sie unter meinem Amtsvorgänger geschaffen. Trotz aller ihr aufgelegten Fesseln hat sich die Wehrmacht als Hort des äußeren und inneren Friedens, als eiserne Klammer des Reichs und als feste Stütze des Staats erwiesen. Das ihr zu treuen Händen übergebene Erbe der alten Armee und Marine hat sie gut verwaltet. Ich danke der Wehrmacht für die Arbeit dieses Jahrzehnts und entbiete ihr meine herzlichsten Wünsche zum neuen Jahr. Möge sie weiterhin ihre Ehre darin setzen, in Gehorsam und treuer Pflichterfüllung dem Vaterlande zu dienen.

Der Reichspräsident:
(gez.) v. Hindenburg.

Der Reichswehrminister:
(gez.) Groener."

Schnelle Kreuzerbauten in Italien

fr. Mailand, 30. 12. (Eigenbericht)

Zum Jahresende ist der 10 000-Tonnen-Kreuzer „Gorizia", der dritte der neuen Kreuzerklasse, **nach nur acht Monaten Bauzeit** in Livorno vom Stapel gelaufen. An seiner Stadt ist sofort der Kreuzer „Bola" auf Stapel gelegt worden, dessen Stapellauf **ebenfalls nach acht Monaten** im September 1931 vor sich gehen soll.

*

Dieser Tage fand in Abo der Stapellauf des neuen finnischen Panzerkanonenboots „Väinämöinen" statt. Die Taufe vollzog die Gattin des Ministerpräsidenten Svinhufvud.

Zusammenfassung aller Kräfte!

Von

Geheimrat **Dr. Wilhelm Cuno**,
Vorsitzendem des Vorstandes der Hamburg-Amerika-Linie

Volle zehn Jahre des Wiederaufbaus liegen hinter uns, in denen aus kümmerlichen Resten, die der sogenannte Friedensvertrag uns ließ, die neue deutsche Handelsflotte entstand. Ganze 500 000 Tonnen aus dem bolzen Vorkriegsbestande von 5,2 Millionen waren uns verblieben, davon entfielen nicht einmal 5000 Tonnen auf die Hamburg-Amerika-Linie, die 1914 mehr als eine Million unter ihrer Flagge vereinigte.

So begann mit **eisernem, ungebeugtem Willen** aus kleinsten Verhältnissen in Betrieb und Arbeit unser Aufstieg. Kapitäne weltbekannter Luxusdampfer, deren Namen ehedem in der internationalen Reisewelt ebenso populär waren wie die Schiffspaläste selbst, fuhren Erz von Schweden und Holz von Finnland auf Schiffen, die kaum größer waren als die Tender, die ihnen früher die Passagiere brachten. Aber der Geist in diesen Männern war der alte. Schiffe einfachsten Typs entstanden. Schon im Jahre 1920 wurde der Ring, den der Krieg um uns gebildet hatte, nach Amerika und England hin durchstoßen. Männer wie **Harriman** und **Holt**, die in der bitteren Atmosphäre der ersten Nachkriegspsychose den Mut fanden, sich mit der arm gewordenen deutschen Reederei zu verbinden, erhielten für deren Aufbau geschäftliche und geschichtliche Bedeutung. Trotz aller bitteren Not im Innern und nach außen, unter deren furchtbarem Druck das Reich mehr als einmal zu zerfallen drohte, ging das Wiederersteben unserer Handelsflotte mit stetigem und sicherem Schritt vorwärts in einmütiger Arbeit aller deutschen Reeder und dank verständnisvoller Förderung durch die Reichsregierung. Schiff um Schiff lief vom Stapel und gab durch seine Flagge in der Welt Zeugnis von dem deutschen Willen zum Leben und zu gemeinsamer friedlicher Arbeit, bis die Flotte am Ende des eigentlichen Wiederaufbaues Ende 1924 wieder über 2,9 Millionen Tonnen verfügte.

Auch dann wurde nicht gerastet. Mit dem weiteren Ausbau ging die **Konsolidierung** Hand in Hand. Nach Zubilligung gleicher Rechte wurde die Zusammenarbeit mit Reedereien jeder Flagge in den internationalen Konferenzen wieder aufgenommen. Innerhalb der deutschen Handelsschiffahrt wurden die Betriebe weitgehend vereinfacht, die Flotten modernisiert und abträgliche Konkurrenzen ausgeschaltet. Alte Gegensätze wurden mehr und mehr überwunden und bis dahin selbständige Reedereien um die beiden großen Schiffahrtsunternehmungen **Hamburg-Amerika-Linie** und **Norddeutscher Lloyd** zu Einheiten zusammengefaßt, bis auch diese beiden Gesellschaften sich aller bisherigen Gegnerschaft und Verschiedenheit ungeachtet in einem 50jährigen Vertrag unter gleichmäßiger Teilung ihrer Arbeitsergebnisse zu völliger Gemeinschaftsarbeit zusammenfanden, die trotz mancher Schwierigkeiten in befriedigender Durchführung begriffen ist. Sie vereinigt die Hapagflotte von über 1 Million Tonnen und die Lloydtonnage von über 900 000 Tonnen zu einem Schiffspark, der neben den Großschiffen „Bremen", „Europa", „Columbus" und den vier Ballinschiffen Einheiten jeder Größe und Schnelligkeit umfaßt. Sie führt auch zugleich einen vorzüglichen Ausgleich zwischen Passagier- und Frachtträgern herbei. In dieser Gruppierung verfügt die deutsche Handelsflotte heute wieder über 4,3 Millionen Brutto-Register-Tonnen oder 90 Prozent der Vorkriegstonnage. Inzwischen hat sich in der internationalen Schiffahrt vieles verändert. Die alte Rangordnung wurde da und dort durchbrochen, neue Flaggen gewannen an Bedeutung. Die Vereinigten Staaten traten an die zweite Stelle, Italien und Japan rückten auf. Von der ersten Stelle, die Deutschlands Flotte nach dem Kriege einnahm, ging es von Jahr zu Jahr langsam nach oben. Heute liegen wir mit Japan etwa in gleicher Linie. Unser Tonnagebesitz reiht sich hinter Großbritannien und den Vereinigten Staaten an.

Damit haben wir wieder unsere Flagge auf dem Weltmeer. Sie ist geachtet wie vor dem Kriege. Sie ist wieder **ein unentbehrliches Glied unserer Volkswirtschaft** geworden, denn jährlich erhält sie unserem Nationalvermögen gewaltige Summen. Sie ist die Bundesgenossin unserer Exportwirtschaft, sie bietet nicht nur Verbindungen für Fracht und Passagiere nach allen wichtigen Häfen der Erde, sondern, was sie bietet, ist auch gut. Unsere Flotte ist modern und hält den Vergleich mit den ausländischen in jeder Hinsicht aus. Dadurch wird jedem deutschen Verlader und jedem deutschen Passagier ganz wesentlich erleichtert, das zu tun, was seine nationale Pflicht ist. Damit bin ich schon mitten im „Soll".

Die deutschen Reedereien haben eine **dreifache Aufgabe**: eine nationale, eine volkswirtschaftliche und eine privatwirtschaftliche. Sie sollen Deutschland, seinen Namen und seine Flagge auf den Meeren und in Uebersee vertreten. Sie sollen Werkzeuge des deutschen Außenhandels, insbesondere des Exports sein, und sie sollen gleichzeitig die in ihnen investierten Kapitalien angemessen verzinsen. Sie haben seither alles getan, um diesen Aufforderungen gerecht zu werden.

Nach allen Weltteilen und auf allen vor dem Kriege befahrenen Linien führen wieder Handelsschiffe als Erzeugnisse deutscher Arbeit die deutsche Flagge. Sie verstehen ihren Dienst dank der vorbildlichen Arbeit ihrer Besatzungen und der altbewährten Erfahrung des deutschen Reeders so erfolgreich und zuverlässig, daß das allgemeine Vertrauen der Welt